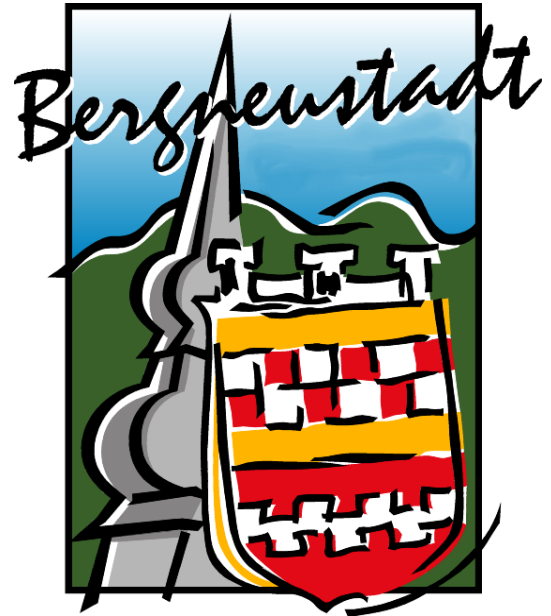


UWG Bergneustadt

Stadtratsfraktion



- Stellungnahme zum Haushalt 2020 –

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskollegen, liebe Bürger,

der Haushalt für 2020 schließt mit einem Überschuss in Höhe von ca. 376.000 EUR (2019 ca. 110.000 EUR). Damit werden die strikten Vorgaben des **unsäglichen Stärkungspaktes** eingehalten. Unser Ziel ist es, den **Grundsteuerhebesatz** von derzeit **959%punkten schnellstmöglich wieder zu senken** und in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. **Das haben unsere Bürger verdient.** Die Bürger unserer Stadt tragen momentan über die Zahlungen zur Grundsteuer B einen sehr großen Anteil am städtischen Haushalt. Die viel beschworene kommunale Selbstbestimmung muss auch wieder eine sein. Dazu ist es dringend erforderlich, dass Gemeindefinanzierungsgesetz im Sinne der Kommunen zu ändern. Die derzeitige Landesregierung hat in diese Richtung leider noch nichts unternommen. Aufgrund der guten Konjunkturlage hat sich das Gewerbesteueraufkommen deutlich besser entwickelt als geplant. Momentan liegen wir bei ca. 7,9 Millionen EUR und ca. 1,6 Millionen EUR über dem Planwert.

Die **Innenstadtentwicklung** wird im kommenden Frühjahr an Fahrt aufnehmen. Ob die sogenannte „**Neue Mitte**“ mit dem „Ankermieter ALDI“ gut besetzt ist, wird sich zeigen. Die **UWG Fraktion hält nichts von einem weiteren Lebensmittelmarkt in der Stadtmitte.** Sicherlich ist es nicht einfach, einen großen Mieter für dieses Grundstück zu finden, aber die UWG hätte sich an dieser exponierten Stelle etwas anderes vorstellen können, zum Beispiel ein Unternehmen mit einem Sortiment, welches unsere Stadt noch nicht anzubieten hat. Eine **weitere Folge eines ALDI in der Stadtmitte könnte sein, dass der ALDI in der Henneweide schließt.** Dies wäre für die Bevölkerung in dem Gebiet Henneweide-Druchtemicke-Klein Wiedenest eine Katastrophe. Dort leben ca. 5.000 Bürger, davon viele Senioren. Dies spielt anscheinend bei den Planungen keine Rolle. Leider. Aber Hauptsache der Bürgermeister hat seine sogenannte „Neue Mitte“. Die Erweiterung des **NETTO-Marktes am jetzigen Standort und der Neubau eines ROSSMANN-Drogeriemarktes** haben vom Planungs- und Bauausschuss endlich grünes Licht bekommen. Dies wurde über einen langen Zeitraum auf Wunsch des Bürgermeisters mehrheitlich (u.a. von der CDU und SPD) verhindert. Wäre es nach der UWG gegangen, wäre dieses Bauvorhaben schon lange auf dem Weg. Nach dem integrierten Handlungsprojekt **Hackenberg** ist das Projekt **Altstadt** (Regionale 2025) ein weiterer wichtiger Punkt der Stadtentwicklung. Es ist davon auszugehen, dass das **Projekt Altstadt** im Rahmen des Strukturprogramms „Regionale 2025“ des Landes NRW gefördert wird, denn diese Woche hat das Projekt den B-Stempel erhalten, was ein wichtiger Schritt in Richtung einer Umsetzung darstellt. Auch die Umgestaltung und Erweiterung unseres **Heimatismuseums** muss erwähnt werden.

Bergneustadt bietet weiterhin eine vielfältige **Schullandschaft**. Wir als UWG Bergneustadt haben einen großen Anteil daran, da wir uns immer als einzige für unsere bestehenden Schulen eingesetzt haben. Mit dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ werden unsere Schulen momentan auf den

aktuellsten Stand der Technik gebracht. Glasfaserkabelverbindungen sorgen dann für ein Internet mit Gigabit-Highspeed.

Momentan läuft eine Testphase zum Thema „**Digitale Ratsarbeit**“. Durch die Einführung von Tablettis für die Stadtratsarbeit würde man einen größeren Betrag jährlich an Druck- und Papierkosten einsparen können. Auch unter Umweltgesichtspunkten eine tolle Sache. Was die Bürger in ihrem Umfeld zu Hause schon machen und noch machen können, ist schon ein Gewinn für die Umwelt. Die Politik muss bei neuen Projekten innerhalb der Stadt darauf achten, dass ebenfalls gewisse ökologische Standards beachtet werden. Einen Klimanotstand gibt es nicht. Die derzeitige Klimahysterie ist unserer Ansicht nach **vollkommen überzogen**.

Da momentan das **Kommunale Abgabengesetz (KAG)** im Landtag von NRW diskutiert wird, Ziel ist eine Abschaffung des KAG, welches die Bürger in einem hohen Maße belastet. Wir als UWG Bergneustadt hatten die große Hoffnung, dass der Landtag beim KAG zu einem vernünftigen und bürgerfreundlichen Ergebnis kommen wird. Leider sieht es so aus, als ob die Landesregierung das neue KAG nicht im Sinne der Bürger ändern und beschließen wird.

Moschee: Wir als UWG lehnen den Neubau einer Moschee ab, da der ditib der verlängerte Arm Erdogans ist. Wir als UWG Bergneustadt werden zu gegebener Zeit in Betracht ziehen, ein Bürgerbegehren zum Thema Moschee zu starten, denn wir sind der Meinung, dass dieses Thema alle Bergneustädter angeht und sie darüber abstimmen sollten. Wir sind schon von vielen Bürgern darauf angesprochen worden. Es ist bedauerlich, dass bis heute nur in wenigen Fällen eine Integration gelungen ist. Meistens bleiben die türkischen Mitbürger unter sich und es ist im Laufe der Zeit eine Parallelgesellschaft entstanden. Wir müssen den Mut haben diese Dinge offen anzusprechen. So auch das falsche Parken in der Wiesenstraße, bei dem Anwohner und Gewerbetreibende massiv gestört werden, das Schießen mit (hoffentlich) Schreckschusspistolen und das Zustellen der Kreisverkehre und Straßen durch türkische Bürger bei Hochzeitsfeierlichkeiten. Diese Verhaltensweisen sind respektlos den anderen Bürgern gegenüber. Wie sagte schon Wolfgang Bosbach (CDU) „Nicht an den Kulturen eingewanderter Menschen, sondern an den Wertvorstellungen und Traditionen Deutschlands sollte sich das Recht hierzulande orientieren“.

Unsere Bergneustädter Vereine brauchen nach wie vor jegliche nur erdenkliche Unterstützung, denn sie leisten mit Blick auf soziale und gesellschaftliche Gesichtspunkte einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Wohle der Allgemeinheit. Unser Freibad, an dessen Rettung maßgeblich die UWG beteiligt war, braucht nach wie vor unsere volle Unterstützung. Das **Ehrenamt** ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag der Bürger zum Wohle der Allgemeinheit, ohne das viele freiwillige Aufgaben nicht mehr möglich wären. Auch die **Sponsoren** können gar nicht oft genug erwähnt werden, denn durch ihre finanzielle Unterstützung werden viele Dinge möglich gemacht. Unsere **Freiwillige Feuerwehr** ist auf einem sehr guten technischen Stand. Es hat die UWG besonders gefreut, dass wir nach den Diskussionen im vergangenen Jahr einen Betrag in Höhe von 1.000 EUR für die Kinder- und Jugendfeuerwehr im Haushalt einstellen konnten. Ein kleiner Anfang, den es in den kommenden Jahren zu erhöhen gilt.

Das Antwortschreiben vom Landrat / der Bezirksregierung zum Thema „**750.000 EUR Verlust durch Fristversäumnis bei der Abrechnung der Wiedeneststraße**“ ist aus Sicht der UWG rein juristisch zu sehen. Von einem „Freispruch“ kann politisch und moralisch gesehen jedoch überhaupt keine Rede sein. In der freien Wirtschaft wären bei einem solchen Versagen sicherlich Köpfe gerollt. Hier bleiben die 750.000 EUR, die in den Sand gesetzt wurden, rein juristisch ohne jegliche Konsequenz. Das ist für die Bürger nicht nachvollziehbar und führt zu weiterer Politikverdrossenheit. Dass der Haushalt nicht

belastet wird, ist Augenwischerei. Es werden jährlich 15.000 EUR über 50 Jahre abgeschrieben. Hört sich so nicht viel an, aber es bleiben 750.000 EUR. Hätte man die 750.000 EUR einmalig und sofort in den Haushalt stellen müssen, wäre man wohl um eine Erhöhung der Grundsteuer B nicht herumgekommen.

Die interne Fehlerbehandlung und der Umgang mit dem Thema Wiedeneststraße war bzw. ist vom Bürgermeister desaströs. Er hat sich zwar entschuldigt und er meinte, dass er die volle Verantwortung für den Fehler übernehme. Aber was heißt denn hier „volle Verantwortung übernehmen?“ Es gab keinerlei gravierende Konsequenzen. Bei Bekanntwerden hätte er seinen **Rücktritt anbieten bzw. erklären müssen**. Also war diese **Aussage** nichts weiter als eine **hohle Phrase**. Und wenn man dann noch bedenkt, dass die Politik rechtzeitig im Herbst 2017 im Ausschuss auf die Abrechnung der Wiedeneststraße hingewiesen hat, ist dieser dramatische Fehler noch viel schlimmer zu beurteilen. Auch macht es sich der Bürgermeister viel zu einfach, wenn er den Hauptgrund in einer Langzeiterkrankung eines Mitarbeiters sieht. Hier wurde schlicht und einfach versäumt, wichtige Termine und Fristen zu überwachen. **Und das auf Kosten der Bürger**. Gerade weil es diesen langzeiterkrankten Mitarbeiter in der Verwaltung gab, der für diese Abrechnungen zuständig war, hätte man umso gewissenhafter darauf achten müssen. Am besten hätte man „Wissen von außen eingekauft“, das heißt, man hätte, wie dies auch andere Städte und Gemeinden machen, eine externe Firma mit diesen Abrechnungen beauftragen müssen.

Man kann nach dieser Sache nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. **Das Vertrauen zwischen weiten Teilen der Politik und dem Bürgermeister ist sehr stark belastet bzw. nicht mehr vorhanden**. Er kommuniziert seit Jahren über die Presse, auch beim aktuellen Antwortschreiben vom Landrat hat er die Fraktionsspitzen erneut nicht vorab informiert, obwohl dies zugesagt wurde. Der Bürgermeister hat es in der Vergangenheit in so einigen Situationen an der nötigen Kommunikation und Transparenz gegenüber den Fraktionen und deren Fraktionsspitzen fehlen lassen bzw. rückte mit wichtigen Sachverhalten erst dann heraus, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen war, so unter anderem bei den Punkten „Einstellung eines Laufbahnbeamten“, „Förderkreis KKK“, „Kaufland“, „Schachverein“. Auch das Verhalten des Bürgermeisters bei der Sparkassenfusion im vergangenen Jahr war alles andere als in Ordnung. Zum einen wusste er nichts von einem gültigen Ratsbeschluss aus dem Jahre 1994 der Stadträte aus Bergneustadt und Gummersbach, dann leitete er wohl bewusst ein falsches Gesprächsergebnis aus der damaligen Bergneustädter Fraktionsvorsitzendenrunde nach Gummersbach weiter und behauptete er hätte recht und das Ganze gipfelte während der entscheidenden Sitzung mit Gummersbach darin, dass er uns (der Bergneustädter Politik) in den Rücken fiel.

Kommunikationsprobleme und Fehler ziehen sich wie ein roter Faden durch die bisherige Legislaturperiode. Auch betont er immer wieder, dass er uns als Fraktionsspitzen gewisse Unterlagen nicht aushändigt, da er uns nicht vertraut. Dies ist eine bodenlose Frechheit und für die Stadtratsmitglieder ein unzumutbarer Zustand. Die Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sieht anders aus. Auch dass in den letzten ca. zwei Jahren sehr gute und verdiente Mitarbeiter kündigen bzw. gekündigt haben und ihre fachliche Kompetenz nun an anderer Stelle einsetzen, ist sehr merkwürdig und zu hinterfragen.

Eine erneute Kandidatur des Bürgermeisters wäre äußerst unvorteilhaft für die Stadt und die Arbeit im Stadtrat. Sollte er eine erneute Kandidatur in Aussicht stellen, ist es unabdinglich als letzte Konsequenz das Abwahlverfahren ins Spiel zu bringen. **Wir fordern den Bürgermeister auf, endlich die volle Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten. Wir als UWG entziehen ihm das Vertrauen.**

Die UWG-Stadtratsfraktion sieht zwar so manche Kritikpunkte am Haushalt, stimmt diesem aber zu. Wir als UWG setzen uns vehement dafür ein, als kurz- bis mittelfristiges Ziel die schrittweise Senkung der Grundsteuer B in Angriff zu nehmen. Wir werden uns in diesen schwierigen Zeiten natürlich auch weiterhin mit all unserer Kraft zum Wohle unserer Bürger und unserer Stadt einsetzen. Wir wünschen den Mitarbeitern der Verwaltung für die Zukunft viel Erfolg und bedanken uns für die gute Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank geht an den Kämmerer und sein Team.

***Eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr wünscht
Jens-Holger Pütz, UWG-Fraktionsvorsitzender***